

**Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Generalsekretariat

Nägelligasse 9

3000 Bern 7

Tel. 031 351 71 71

Fax 031 351 71 02

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Privatrecht  
Bundesrain 20  
CH-3003 Bern

16. Dezember 2010

**Verordnung über die ausserfamiliäre Betreuung von Kindern (Kinderbetreuungsverordnung)  
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur obigen Vorlage. Die EVP nimmt erleichtert zur Kenntnis, dass der erste Vorentwurf in vielen entscheidenden Punkten gründlich überarbeitet und eine zweite Vernehmlassung eröffnet worden ist. Die Flughöhe des Entwurfs und der vorgeschlagenen Regulierungen ist nun wesentlich besser. Die Vorlage ist aber noch immer geprägt von der Idee, alles bis ins kleinste Detail kontrollieren und regulieren zu müssen. Das ist a) unverhältnismässig, b) unangebracht, c) mit hohem administrativem Aufwand für die Betroffenen und d) erheblichen Kostenfolgen auch für die kantonalen Behörden verbunden und schliesslich e) nicht die richtige Grundhaltung für einen Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene. **Die EVP ersucht die zuständigen Stellen deshalb eindringlich, den Entwurf nochmals aufmerksamst zu durchkämmen und nur das zu regeln, was einer Regelung auf Bundesebene auch wirklich bedarf.** Nur ein Beispiel: es ist nun wirklich Sache der betroffenen Einrichtung zu entscheiden, welche Telefonnummern sie im Betreuungsvertrag festhalten will. Ein winziges Detail, aber symptomatisch für den ganzen Entwurf.

**Grundsätzliche Bemerkungen zur Kinderbetreuungsverordnung**

Die EVP begrüsst alle Bemühungen zum Schutz jener Kinder, die nicht in intakten und sozialkompetenten Familien aufwachsen. Schliesslich sind es nicht wenige Kinder, um die sich Vormundschaftsbehörden, Jugendsekretariate oder sogar Jugendanwaltschaften erst dann kümmern, wenn diese kindlichen Biographien schon am Entgleisen sind und die Kinder ihre berechtigten Chancen, gut betreut aufzuwachsen, verpasst haben.

Die EVP ist gleichzeitig erleichtert über die Neuformulierung von Artikel 7 (Befreiung von der Bewilligungspflicht) und mit der vorgeschlagenen Formulierung einverstanden. Sie ist nun zwar weit gefasst, insbesondere durch die Ergänzung „andere den Eltern nahestehende Personen“,

*was aber von der EVP ausdrücklich begrüsst wird. Sie ist auch mit den weiteren Formulierungen in den Buchstaben b. bis f. ausdrücklich einverstanden. Es darf einfach nicht sein, dass funktionierende und von den Eltern selbst gewählte Betreuungsarrangements durchs Band vom Staat reglementiert werden. Auch das neu eingeführte Kriterium der Entgeltlichkeit als Voraussetzung für die Bewilligungspflicht trägt diesem Kritikpunkt in geeigneter Weise Rechnung.*

*Die Kontrolle des Staates ist dort berechtigt, wo es um kommerzielle Interessen oder offizielle Einrichtungen geht. Wenn das Betreuungsverhältnis umfassend ist, ist auch bei Tagesmüttern eine gewisse Überprüfung den Kindern zuliebe angebracht.*

### **Bemerkungen zu einzelnen Artikeln**

#### **Art. 1 – Beschränkung auf die ausserfamiliäre Betreuung**

*Die Beschränkung der Vorlage auf die ausserfamiliäre Betreuung ist richtig und wird von der EVP begrüsst, auch wenn man sich nun fragen kann, inwiefern sie nun für Pflegeeltern überhaupt noch von Belang ist.*

#### **Art. 10 – Nur verheiratete Paare als Pflegeeltern**

*Pflegeeltern sollen nur verheiratete Paare werden können. Andere Lebensformen (Konkubinat, Einzelpersonen, eingetragene Partnerschaften) dürfen der Ehe nicht gleich gestellt werden. Bedarf ein Kind einer Pflegefamilie, kommt es aus einer Sondersituation mit entsprechenden Nachteilen bezüglich seiner körperlichen, geistigen, sozialen und emotionalen Entwicklung. Unseres Erachtens sollte es dann nicht bei den Pflegeeltern in die nächste Sondersituation kommen, insbesondere dann nicht, wenn beide Pflegeelternteile für die Kinder neu und unbekannt sind. Entsprechend muss Artikel 10 lauten:*

Ein Gesuch um eine Bewilligung einreichen kann:

- a. als Tageseltern: jede handlungsfähige natürliche Person, unabhängig von ihrem Zivilstand.
- b. als Pflegeeltern: verheiratete Paare.

#### **Art. 16 – Anzahl Tagesbetreuungsplätze / Art. 23 – Anzahl Vollzeitbetreuungsplätze**

*War die maximale Anzahl von Betreuungsplätzen im ersten Entwurf noch zu tief angesetzt, ist die jetzt vorgeschlagene Regelung für die EVP zufriedenstellend. Insbesondere ist wichtig, dass die Anzahl Plätze erhöht werden kann, wenn mehrere oder weitere Geschwister bei Tages- oder Pflegeeltern platziert werden sollen.*

#### **Art. 21g und 29h – Strafregistrauszug**

*Die EVP nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Forderungen bezüglich Strafregistrauszug der Mitarbeitenden abgeschwächt worden sind, wie sie es in ihrer ersten Vernehmlassungsantwort verlangt hat. Dass die Kindertagesstätten ihre Mitarbeitenden regelmässig hinsichtlich eines möglichen Strafregistereintrages überprüfen müssen, ist aber noch immer unverhältnismässig, zumal sie im Gesuch nur erklären müssen, dass sie es tun werden, es aber ohne Folgen ist, wenn dabei ein Eintrag zum Vorschein kommt. Es ist ausreichend, wenn beim Stellenantritt, bzw. in der Bewerbungsphase ein Strafregistrauszug verlangt wird. Haben neue Mitarbeitende ihre Stelle einmal angetreten, können sie von den Leitenden direkt beobachtet und bezüglich ihrer Eignung beurteilt werden. Ein erneuter Strafregistrauszug bringt hier keine neue*

*Erkenntnisse, aber Aufwand für das zu 99.9% unbescholtene Krippenpersonal und ihre Arbeitgeber. Die EVP schlägt deshalb vor, Art. 21 Bst. h (und sinngemäss Art. 29 Abs. 1 Bst. g) wie folgt zu formulieren:*

Das Gesuch muss mindestens folgende Angaben und Belege enthalten:

- g. Strafregisterauszug der Leiterin oder des Leiters sowie eine Erklärung der Trägerschaft, dass die übrigen Mitarbeitenden bei Stellenantritt ~~sowie während der Dauer des Anstellungsverhältnisses regelmässig entsprechend~~ überprüft werden;

#### **Art. 38 – Weiterbildung**

*Die EVP nimmt befriedigt zur Kenntnis, dass die Vorschriften zur Weiterbildung deutlich abgespeckt worden sind und insbesondere die Verknüpfung mit der Bewilligung gestrichen worden ist. Die EVP fordert allerdings, gänzlich auf Art. 38 Abs. 1 zu verzichten. Erziehungskompetenz kann nur sehr beschränkt in einem staatlichen Kurs vermittelt werden und ein behördlicher Einführungskurs bringt mit grossem Aufwand für die Betroffenen nur wenig Ertrag. Zudem ist zum jetzigen Zeitpunkt unklar, was in einem solchen Kurs vermittelt würde.*

#### **Art. 62 – Aufsicht über Tages- und Pflegeeltern**

*Die Bestimmungen über die Anzahl Besuche der kantonalen Fachpersonen bei Tages- und Pflegeeltern sind – obwohl korrigiert – noch immer weit überrissen und ziehen einen unverhältnismässigen Aufwand nach sich. Bei Pflegeeltern reicht das jährliche Gespräch mit der zuweisenden Behörde aus, bei Tageseltern genügen Stichproben. Artikel 62 ist entsprechend anzupassen. Es besteht darüber hinaus, gerade bei den Pflegeeltern die Gefahr der Mehrfachkontrolle durch zuweisende Behörde und Aufsichtsbehörde. Dies widerspricht dem verbreiteten Trend zu „Case Management“ und klar definierten Zuständigkeiten statt der ineffizienten Mehrfachzuständigkeiten verschiedenster Stellen.*

*Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.*

Freundliche Grüsse

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**



Parteipräsident  
Heiner Studer



Generalsekretär  
Joel Blunier